

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozurichtungspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Brüderzeitung monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vereinfacht 92 875, unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 5.— Erreicht wird mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Brüderstraße 14, II. Tel. 8465.
Sprechstunde nur montags von 19 bis 1 Uhr.
Telegraph: Gr. Brüderstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftsjahr von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätzlich werden die eingepackten Periodika mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Zeiterate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 167.

Dresden, Freitag den 22. Juli 1910.

21. Jahrg.

Eine Groteske.

In der Post, einem der blödesten, widerwärtigsten und niederräufigsten Scharfmacherblätter, unternimmt ein schlesischer Politiker, der sich Silesius (Fürst Haynsfeld? D. R.) nennt, den heldenhaften Versuch, Preußen mit einem neuen Wahlrecht zu beglücken. Das Königreich der Kultur und Freiheit soll damit vor dem „Linienkrieg“ geschützt werden, und zugleich soll das Königswort von der „dringlichsten Forderung“ seine schöne Erfüllung finden.

Silesius meint, da bei den rechtsstehenden Konservativen das züchtigste Parteinteresse herrsche und das gleiche von den linksstehenden Parteien gelte, seien gerade die Konservativen, „der goldene Mittelpunkt zwischen rechts und links“, wie vom lieben Gott dazu ausgewählt, das preußische Problem zu lösen.

Natürlich will der Preußenretter nichts vom Reichstagswahlrecht wissen. Silesius macht aus seinem grimmigen Haß gegen das Reichstagswahlrecht sein Geheimnis:

Das Reichstagswahlrecht ist ungesehbar das schlechteste Wahlrecht, das man sich denken kann, indem es die eigentliche Entscheidung in die urteilsslosen Massen verlegt und damit in die Hand vielfach gewissenloser Agitatoren, und indem es denjenigen Klassen der Bevölkerung, denen an der Erhaltung und der gefundenen Entwicklung des Staates natürlich das höchste Interesse innerwohnt, mit das gleiche Recht zumutet wie den flutuierenden Elementen, die nur auf persönlichen Vorteil bedacht, leicht zu internationalen Anschauungen hinneigen und damit das Wesen des modernen Nationalstaates verleugnen.“

Um wird sich dieses freikonservative Bekenntnis für die Reichstagswahlen merken müssen!

Silesius wünscht aus freikonservativem Herzensgrunde ein Wahlrecht, das an blödmärriger Kompliziertheit seinesgleichen erst jünger zu sein scheint. Zunächst soll natürlich bei der Stimmenabstaltung der Besitz von Grund und Boden berücksichtigt werden, wobei Vater Staat aber Vorzorge treffen soll, daß nicht etwa eine allzu große Parzellierung von Grund und Boden eintrete. Das mobile Kapital wird einer solchen Bedrohung nie würdig erscheinen, es müsse es mehr oder weniger international und von der Existenz des Staates unabhängig sei. Der grösste „Kulturträger“ gefordert hat dem blöden Preußenland so imponiert, daß er auch ihm einen Vorschlag einfließt. Auch die preußischen Staatsbürger, die auf preußischen Staatenhöfen die liebevolle Erziehung zu preußischer Militärcultur genossen, sollen durch eine Zusatzstimme für ihre Verdienste um das preußische Staatswohl belohnt werden. Endlich sollen auch Familienväter und solche unverheirateten Männer, „die weibliche Familienmitglieder mit zu vertreten haben“, ein stärkeres Wahlrecht erhalten. Dieser Vorschlag geht von der Auffassung aus, die Frau habe „ungeschicklich das Recht, ihr Interesse innerhalb des Staates vertreten zu sehen“. Stattdessen aber nur zu folgern, auch den Frauen müsse das aktive Stimmenrecht erteilt werden, fürchtet Silesius, daß eine solche Einrichtung die Familie durch politische Zwiespalte zerstören könnte...

Selbst die Deutsche Tageszeitung schüttelt über solche Vorfälle ihr graues Haupt und meint, sie seien nur als ein Ereignis der Hochromantik zu betrachten und zu behandeln. Das Oertelblatt hält es für das gescheiteste, die preußische Staatsregierung verzichtete überhaupt darauf, dem nächsten Landtag wieder eine Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten. Schmerzlich berührt es das Blatt, daß Silesius den Konservativen züchtigste Parteinteresse nachsagt; die Geschichte der Parteien und des Politik lehrt, „daß wohl nirgends das Parteinteresse eine so unterordnete Rolle spielt wie in der konservativen Partei“. Wenn Herr v. Heydebrand diesen ergänzenden Erfolg feiert, wird er Mühe haben, einen Lachkampf anfall zu überwinden. Die Konservativen als selbstlose Vaterlandsfreude! Die Deutsche Tageszeitung kann auch witzig sein.

Es fragt sich, ob auch die Regierung die Silesius-Groteske so leicht und höhnisch als ein Ereignis der Hochromantik literaturbeliebt schreiben wird, die Regierung, der Silesius folgendes Sprichwort ins Stammbuch schreibt:

„Es galt ein Versprechen einzulösen, das der frühere Reichskanzler zugleich im Namen des Kaisers gegeben hatte. Die Einlösung erhielt als Ehrenpflicht. Zugleich aber sollte der Charakter der bisherigen Volksvertretung nach Möglichkeit erhalten werden. Man wollte eine Reform, die doch keine Reform wäre... So ist das Versprechen der Regierung wohl der Form, aber nicht dem Gehalt nach eingelöst worden.“

Etwas verbürgt hingt eine Meldung der Neuesten Kürschners Nachrichten, in der es heißt: Trotz der Ablehnung gewisser Blätter steht es absolut fest, daß in der letzten Sitzung des preußischen Staatsministeriums der erste Gegenstand der Beratung die Frage der kommenden Wahlreform gewesen ist. Entgegen den Meldungen über eine sogenannte mittlere Politik Bethmann-Hollwegs könne von einer Ausbildung der Konservativen absolut keine Rede sein. „Der Reichskanzler sucht vielmehr einen Robust zu schaffen, in dem Fall unter Ausbildung der extremeren Elemente auf beiden Seiten die bürgerlichen Parteien begegnen können.“

Silesius zeigt ihm ja mit seiner Wahlrechtsprothese die goldene Mitte zwischen rechts und links“. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen und dem Philosophenlangen zuguttrauen,

dass ihm das blödmärrige Silesiusprojekt schmachhaft erscheint, obgleich die Deutsche Tageszeitung ihm warnend zuruft: „Das Wehrhinnentecht hat erst kürzlich im Königreich Sachsen ein berartiges Glaslo gemacht, daß es ein hohes Maß von Kühnheit verübt, wenn man ernstlich seine Einführung in Preußen empfiehlt.“

Warum sollte nicht auch Theobald einmal auf den Gedanken kommen, es mit einem „hohen Maß von Kühnheit“ zu probieren? Nicht die Sorge um die Einlösung des feierlichen Konsortversprechens wird ihm den Schlaf seiner Nächte rauben. Ein Philosoph findet sich schon leichter Herzlos mit dem Sophisma ab, mit dem ersten mißlungenen Versuch zur organischen Fortentwicklung des Wahlrechts“ sei das feierliche Versprechen erledigt.

Aber hinter solchen Versuchen zur Einschläferung und Verschiebung erheben sich drohend die Massen des preußischen Volkes, die es müde sind, länger noch die entzündenden Fesseln der Dreiklassenschmach zu tragen! Die Massen sind entschlossen, sich die „organische Fortentwicklung“ zu erkämpfen.

Über solche bösartigen Vächerlichkeiten, wie sie zum Beispiel jener Silesius ausheckt, gehen die Massen schweigend zur Tagesordnung über.

Die preußischen Bajonette.

Der badische Minister v. Bodman hat im badischen Landtag bekanntlich die Neuherung fallen lassen: Die Sozialdemokratie sei eine grobhartige Bewegung zur Hebung des zweiten Standes. So nebenbei, aus taktischen Gründen, hat's der badische Minister nur bemerkt und nebenbei auch kein Heft daraus gemacht, daß er die sozialdemokratischen Grundsätze und Ziele immer bekämpft und sich der staatsbürglichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie immer widergesetzt werde. Trotzdem lädt die Ministerärauerung das offizielle Deutschland nicht lässig. Oertels Agrarierblatt fordert die Entlassung des Ministers, die Kreuzzeitung ruft ihm bismärkische Scharfmacherworte in Erinnerung, die Zentrumsländer drucken die Angriffe eifrig nach und zur Erörterung der Heze holt nun mehr ein kirchlich-nationaler Herr in der Deutschen Tageszeitung einen Artikel los, der in seiner Offenheit an den janusköpfigen Leutnant mit den zehn Mann erinnert. Der Verfasser heißt v. Bodelschwingh und die Pointe seines sozialistisch-revolutionären Artikels lautet:

„Auf dem kirchlich-sozialen Kongress zu Hannover habe ich gesagt und wiederhole es hier: Es sollten alle deutschen Bundesfürsten sich dahin beschließen, jeden Minister sofort zu entlassen, der eine Vertretung der Sozialdemokratie in den Parlamenten für wünschenswert erklärt.“

Es war von der Deutschen Tageszeitung sehr zeitgemäß, an die 40er Jahre zu erinnern, in welchen preußischen Bajonettschlägen die Allgemeine Arbeiterschaft und die Ordnung wieder herstellen muhten. Damit ähnliches nicht wieder nötig werde, erheint es angebracht, erste Maßnahmen zu erwägen, die eine einheitliche Behandlung revolutionärer Bewegungen durch den preußischen Staat gewährleisten. Sonst könnte dem Deutschen Reich ein Kampf beiderseitig sein, der schlimme Wunden schlägt als der ihm heut vor 40 Jahren ausgedeutigte.

Die Sehnsucht der Konservativen nach dem unverfälschten Absolutismus ist nichts Neues. Dafür sorgt in der Gegenwart am eifrigsten Ritter v. Olenburg; charakteristisch für den Geist dieser Sippe ist nur, daß der Janusköpfige in den Spalten der Deutschen Tageszeitung an Vächerlichkeit noch überboten werden kann. Weil ein Minister aus Klugheitsgründen die Existenz der Sozialdemokratie bürgerlich objektiv zur Rota nahm, winnen die Mitarbeiter des Oertelorgans bereits mit den preußischen Bajonetten.

Heute in einem andern Sinne finden allerdings auch wir die Erinnerung an die Sturmjahre des vorigen Jahrhunderts: Damals hat es das Bürgertum ebenso wenig verstanden wie heute, sich vom Janusköpfigen loszumachen, damals richtete sich der Absolutismus auf den preußischen Bajonettschlägen hoch, auf die er sich noch heute stützt, damals sah sich die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für Demokratie und Freiheit allein, wie sie sich heute noch allein sieht. Es ist charakteristisch für unser Bürgertum, daß diese schwärzblaue Heze gegen einen harmlosen Minister (der nur das Bismarckwort von der die Arbeiterwohlfahrtsgesetzgebung gebrauchende Sozialdemokratie variierte), daß dieser wiederholte Appell an den unverlässigen Fürstenabsolutismus und die verstekte Drohung mit den preußischen Bajonetten möglich ist, ohne daß ein Strom der Entrüstung durch die nichtlängstige Presse geht. Außer dem Berliner Tageblatt hat kein Blatt ein Wort für Bodman gewagt. Unseren bourgeois verschlammerten Schichten ist die Herrschaft der preußischen Bajonettschlägen erträglicher als eine Demokratie, die die „Hebung des zweiten Standes“ förderte. Um so deutlicher hebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei als einziger Halt des Fortschritts aus diesem brei politischer Feigheit und Vermauerung.

Etwas verbürgt hingt eine Meldung der Neuesten Kürschners Nachrichten, in der es heißt: Trotz der Ablehnung gewisser Blätter steht es absolut fest, daß in der letzten Sitzung des preußischen Staatsministeriums der erste Gegenstand der Beratung die Frage der kommenden Wahlreform gewesen ist. Entgegen den Meldungen über eine sogenannte mittlere Politik Bethmann-Hollwegs könne von einer Ausbildung der Konservativen absolut keine Rede sein. „Der Reichskanzler sucht vielmehr einen Robust zu schaffen, in dem Fall unter Ausbildung der extremeren Elemente auf beiden Seiten die bürgerlichen Parteien begegnen können.“

Silesius zeigt ihm ja mit seiner Wahlrechtsprothese die goldene Mitte zwischen rechts und links“. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen und dem Philosophenlangen zuguttrauen,

Deutschland in englischer Beleuchtung.

Ih. Deutschland hat seit einigen Jahren in den politischen und sozialen Kämpfen Englands eine große, wenn auch nicht gerade sehr bedeutungsvolle Rolle gespielt. Namenslich in dem Kampf zwischen Freihandel und Schutzwall ist es bald als warnendes Exemplar bald als nachahmendwertes Vorbild herangezogen worden.

Aus diesem Grunde beschloß bekanntlich die englische Arbeiterpartei, dem bürgerlichen Lügengewebe über Deutschland ein Ende zu machen. Sie sendete eine Deputation von sieben Führern verschiedenster Gewerkschaften, darunter vier Unterhausmitgliedern, nach Deutschland, um aus eigener Anschauung und mit Hilfe ihrer freundlichstesten Beziehungen zu den Vertretern der deutschen Arbeiterklasse sich ein klares Bild der tatsächlichen Zustände in Deutschland zu verschaffen und einen Vergleich zwischen deutschen und englischen Arbeiterverhältnissen vorzunehmen. Die Deputation besuchte Düsseldorf, Stuttgart, Nürnberg, Chemnitz, Leipzig, Berlin und Hamburg, ferner gingen einzelne ihrer Mitglieder nach Duisburg, Mülheim, Essen, Solingen, Oberhausen und Münster. Der Bericht der Deputation liegt nun mehr vor und wie aus ihm zu erschen ist, sind es vor allem zwei Erklärungen, die dem freudigen Beobachter an Deutschland auffallen: das hohe Maß von Organisation des öffentlichen Lebens und der hohe Preis der Lebensmittel. Straße Organisation äußert sich in der Anordnung der öffentlichen Angelegenheiten, wie in den methodischen Gewohnheiten der Bevölkerung, in der Disziplinierung des Volkes durch Unmassen von Uniformierten, in dem Uebertreffen der Bürokratie, wie in den gewinnmäßigen Unternehmungen der Monopole, in der staatlichen und municipalen Sozialgesetzgebung und schließlich in der strammen Organisation und dem gewaltigen Wachstum der Gewerkschaften, denen der Bericht begeistertes Lob spendet.

Die hohen Lebensmittelpreise springen dem Fremden ohne weiteres in die Augen, zu ihrer Feststellung bedarf er keiner Untersuchung. Sie sind in den letzten Jahren sehr stark gestiegen und im Steigen begriffen. Das gewöhnliche dunkelbraune Brot der deutschen Arbeiter ist im Preise ungefähr dasselbe wie das des gewöhnlichen Weißbrots, aber es ist von viel schlechter Qualität als das deutsche Braubrot ist etwa um ein Drittel teurer als das englische Brot, jedoch ebenfalls von schlechterer Qualität. Käse und Tee sind unverhältnismäßig teuer als in England und werden deshalb von Arbeitern nur selten in edler Form gekauft. Sie konsumieren sehr schlechte Qualitäten oder billige Surrogate. Dasselbe gilt von der Butter, die nur in bessergerichteten Arbeiterfamilien regelmässig gebraucht wird, die ärmeren benutzen Margarine und andere Surrogate. Fleisch ist ebenfalls teuer; der Konsum von Pferdefleisch ist eine öffentliche Katastrophe und im Steigen begriffen. Butter und alle anderenartigen Präparate sind bedenklich teuer, ebenso Käse und Milch sind ungefähr ebenso teuer und Eier etwas billiger als in England. Kartoffeln und Gemüse sind möglich im Preis. Andere Waren, wie Kleidung, Hemden u. a. sind viel teurer und von schlechterer Qualität als in England. Ueberraschend hört die Deputation dieselben Klagen wegen des Steigens der Preise, und der Bericht gibt zahlreiche statistische Tabellen aus amtlichen und anderen Quellen zur Illustration dieser Tatsachen, wobei er sich darüber beschlägt, daß die amtlichen Statistiken zumeist veraltet sind.

Die Wohnungsmieten sind im Vergleich mit England noch höher als die Lebensmittelpreise und steigen rapid in großen wie in kleinen Städten. Der deutsche Arbeiter zahlt pro Zimmer fast doppelt so viel Wiege als der englische. Dazu kommt noch, daß Schränke, Lampe und Ofen, die in den englischen Stufen eingebaut sind, in Deutschland vom Wictor selbst beschafft werden müssen. Die sanitären Verhältnisse, Wasserleitungen, Aborten sind in den älteren Häusern sehr unzureichend. Im allgemeinen wohnen der ältere Arbeiter viel schlechter als sein englischer Genosse in ähnlicher Lebensstellung, der auch in den Großstädten sein eigenes Häuschen mit 4 bis 5 Stuben mit einem Gärtnchen bewohnt und dafür eine geringere Wiege zu bezahlen hat. In manchen Städten hat die Deputation eine sehr schlimme Wohnungüberfüllung angetroffen.

Höhe werden von den Arbeitern und der allgemeinen Bevölkerung als eine von oben aufgezwungene, schwer erträgliche Lage empfunden. Auch viele Fabrikanten äufern sich gegen die Löne, namentlich solche, die auf importierte Rohstoffe angewiesen sind. Unter den Arbeitern aber gibt es keine Weinungsverschiedenheit, und zwar sind sie nicht bloß gegen die Nahrungsmittelzölle, wie in England behauptet werden ist, sondern auch gegen Industriezölle. Alle sind überzeugt, daß nur die Industriemonopole und die Oligarchie aus den Höhen ragen. Der Bericht illustriert dies mit mehreren in Deutschland wohlbekannten Beispielen und gibt eine gegen den Schugoll gerichtete Resolution wieder, die die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften im Beisein der Deputation gefaßt hat.

Die Löne, worüber der Bericht sehr umfangreiche statistische Aufstellungen bringt, sind schwer mit den in England herrschenden vergleichbar, erfordern weil in Deutschland der Stützlohn mehr vorherrscht, dann weil die Löne einzelner Berufsklassen weniger gleichmäßig sind und schließlich weil das Brüderlichkeit in Deutschland selten vorherrscht. Der Unterschied zwischen dem Wochentag der qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter ist viel geringer als in England. Als eine wahrscheinliche Ursache dafür gibt der Bericht den Umstand an, daß beide Arbeitergruppen in denselben Gewerkschaften organisiert sind. Die Geldlöne sind im Steigen begriffen, hauptsächlich dank der Tätigkeit der Gewerkschaften. Je besser ein Beruf organisiert ist, um so höher sind in der Regel die Löne. Vergleiche mit englischen Lohnverhältnissen werden in den Berichten über die einzelnen Gewerbe ange stellt. Die Arbeitszeit ist in Deutschland überall länger als in England. Die Arbeitsstunden sind dort die längsten, wo die Löne die niedrigsten sind. Sie betragen in manchen Gegenden 66 die Woche, im allgemeinen aber 57—60. In manchen Orten und Berufen ist es der Organisation gelungen, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen. Werblich sind die Lohnverhältnisse in den zahlreichen Unternehmungen der Gewerkschaften, Genossenschaften und in den sozialdemokratischen Betrieben.